

ANHANG ZUR PRESSEMITTEILUNG

Gemeinsame Stellungnahme des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2026

12/2026
06.05.2026

Der Berufsbildungsbericht 2026 bietet eine gute und umfassende Grundlage für den Blick auf die aktuelle Situation der beruflichen Bildung. Die drei Bänke der Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und Ländervertretungen danken allen Beteiligten für die Erstellung des Berichts – insbesondere denen im Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie im Bundesinstitut für Berufsbildung. Das diesjährige Verfahren wich von dem der Vorjahre ab: Die drei Bänke erhielten die Kerndaten sowie Hinweise zu signifikanten Entwicklungen frühzeitiger und hatten so eine wesentlich fundiertere Grundlage, um die Datenlage zu bewerten. Darüber freuen sie sich sehr. Sie regen an, das veränderte Verfahren in Zukunft zu etablieren und nach Möglichkeit weiter zu optimieren.

Die Berufsausbildung ebnet den Weg ins Berufsleben. Davon ausgehend erschließen sich über die Fortbildung Möglichkeiten der beruflichen Weiterentwicklung. Aus- und Fortbildung haben also für die Unternehmen wie für die kommenden Generationen eine zentrale Bedeutung. Der Ausbildung kommen dabei eine Reihe bedeutender Funktionen zu: die Fachkräftesicherung und -entwicklung, die Integration und Inklusion junger Menschen beim Einstieg in das Erwerbsleben mit einem umfassenden Bildungsauftrag, Innovation sowie Brücke in Beschäftigung. Sie ist in der Sozialen Marktwirtschaft ein wichtiger Teil der Gesellschaft, Wirtschaft und des Bildungssystems. Im wichtigen Übergang von der Schule in den Beruf stehen jedoch sowohl junge Menschen als auch Unternehmen weiterhin vor großen Herausforderungen. Dadurch bleiben auf der einen Seite Bewerberinnen und Bewerber unversorgt und auf der anderen Seite Ausbildungsplätze unbesetzt.

2025 ging die Zahl der geschlossenen Ausbildungsverträge um 2,1 Prozent auf 476.000 zurück. Einem gesunkenen institutionell erfassten Ausbildungsangebot (-4,6 Prozent) stand eine gestiegene institutionell erfasste Nachfrage (+0,7 Prozent) gegenüber. Der demografische Wandel stellt weiterhin eine enorme Herausforderung für die Sicherung der Fachkräftebasis dar. In den kommenden zehn Jahren gehen erheblich mehr Beschäftigte in den Ruhestand als junge Menschen ins Erwerbsleben nachkommen. Vor diesem Hintergrund muss es gelingen, alle Potenziale zu erschließen. Die berufliche Bildung und das Angebot an Ausbildung spielt dabei eine Schlüsselrolle. Sozialpartner, Bund und Länder müssen gemeinsam weiter an dieser entscheidenden Frage arbeiten und

Lösungen entwickeln, wie die Integration von jungen Menschen in die berufliche Bildung verbessert werden kann.

Eine gut funktionierende und starke Berufsbildung braucht das gemeinsame und zielgerichtete Handeln aller Akteure. Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und Ländervertretungen appellieren an die Bundesregierung, die entsprechenden Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag mit Nachdruck anzugehen. Gemeinsam mit den Ländern und den Sozialpartnern sollte sie die berufliche Bildung weiterentwickeln, damit diese den aktuellen wie den zukünftigen Herausforderungen gerecht wird. Das Bundesinstitut für Berufsbildung bildet mit seiner auf den vier Bänken Bund, Länder, Arbeitgeber und Arbeitnehmer basierenden Gremienstruktur sowie dem Hauptausschuss als Parlament der Berufsbildung eine ideale Plattform.

Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und Ländervertretungen danken allen Personen, die sich haupt-, neben-, aber auch ehrenamtlich in der betrieblichen oder schulischen Praxis als Ausbilderinnen und Ausbilder, als Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer, als Dozentinnen und Dozenten sowie in Prüfungen, Berufsbildungsausschüssen oder Neuordnungsverfahren für die berufliche Bildung einsetzen. Sie sind tragende Säulen für die qualitätsorientierte berufliche Bildung.

Stellungnahme der Gruppe der Beauftragten der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2026

Die Vertretung der Arbeitgeber im BIBB-Hauptausschuss dankt dem Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) sowie dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) für die Vorlage des Berufsbildungsberichts. Wir danken für das veränderte Verfahren bei der Erstellung des Berichts und die Einbindung der Bänke. Dadurch war es uns in diesem Jahr wesentlich einfacher, frühzeitig und fundiert auf die Berichtsinhalte einzugehen.

Die anhaltend wirtschaftlich schwierige Lage ist nach und nach auf dem Ausbildungsmarkt spürbar. Dennoch wird das Berufsbildungssystem den gestellten Anforderungen gerecht. Es ist eine zentrale Säule für die Deckung des zukünftigen Fachkräftebedarfs in den Betrieben. Zugleich schafft es einen Weg in krisenfeste Beschäftigung und kann attraktive Karriereperspektiven eröffnen. Überall dort, wo die Voraussetzungen stimmen sowie Angebot und Nachfrage passgenau zusammenfinden, setzt die Berufsbildung in Deutschland ihre international anerkannte Erfolgsgeschichte fort.

Die erfreulichen Tendenzen im Detail:

- Steigende Zahlen an Bewerbern und Bewerberinnen lassen den Schluss zu, dass diese die Berufsausbildung attraktiv finden und sich der guten Zukunftsaussichten bewusst sind.
- Die Ausbildungsbeteiligung der Unternehmen bleibt auch in Zeiten massiver Ungewissheiten hoch. Mehr als jedes zweite ausbildungsberechtigte Unternehmen bildet aus. Gleichwohl fällt es insbesondere Klein- und Kleinstunternehmen schwer, passende Bewerber/-innen zu finden.
- Noch immer übersteigt die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen die der Bewerber/-innen.
- Fast ein Drittel der Bewerber/-innen mit Fluchthintergrund mündet in eine Berufsausbildung ein.
- Neun von zehn Kandidaten und Kandidatinnen, die an der Abschlussprüfung teilnehmen, bestehen diese.
- Nach der Ausbildung verbleiben rund 80 Prozent der Absolventen und Absolventinnen in ihrem Ausbildungsbetrieb. In den letzten 15 Jahren gab es keine höhere Übernahmequote.
- Die Zahl der 20- bis 34-Jährigen ohne Berufsabschluss bleibt hoch, geht jedoch langsam zurück.
- Auch in der höherqualifizierenden Berufsbildung ist die Prüfungserfolgsquote erfreulich hoch. Mehr als acht von zehn Personen bestehen die Abschlussprüfung.

Gleichwohl weist der Berufsbildungsbericht auf Verbesserungspotenziale hin. Dazu zählen vor allem der Rückgang an gemeldeten Ausbildungsstellen und der neuen Ausbildungsverträge, der Anstieg der unversorgten Bewerber/-innen sowie die weiterhin hohe Zahl unbekannt Verbliebener. Um hier gegenzusteuern, müssen insbesondere die Grundvoraussetzungen für die Aufnahme einer Berufsausbildung sichergestellt werden. Zu oft fehlt es Ausbildungssuchenden an grundlegenden Kompetenzen in Lesen, Schreiben und Rechnen. Auch beim Arbeits- und Sozialverhalten machen Unternehmen immer wieder Defizite aus. Vor diesem Hintergrund sind auch die bestehenden Unterstützungsangebote – zum Beispiel EQ, Passgenaue Besetzung, AsA und VerA Plus – noch bekannter zu machen. Hier kommt es auf einen Zugang zu den Zielgruppen und eine adressatengerechte Kommunikation an. Auf der anderen Seite sollten Unternehmen ihre angebotenen Ausbildungsstellen für Suchende, Eltern sowie Beratungsfachkräfte noch sichtbarer machen, indem sie diese an die Bundesagentur für Arbeit melden und so auch eine validere politische Bewertung der Ausbildungsmarktsituation ermöglichen. Schlussendlich müssen Angebot und Nachfrage besser zueinander geführt werden. Diesen Punkt hat sich die Allianz für Aus- und Weiterbildung in der neuen Allianzlaufzeit von 2026 bis 2029 auf die Agenda gesetzt.

Neben den weiteren Mitgliedern des BIBB-Hauptausschusses danken wir allen Beteiligten der Berufsbildung – in den Unternehmen, Schulen, bei den Bildungsdienstleistern und im Ehrenamt – für ihr Engagement.

Stellungnahme der Gruppe der Beauftragten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2026

Der Berufsbildungsbericht 2026 zeigt klar, dass sich die Lage für ausbildungsinteressierte junge Menschen im vergangenen Jahr verschlechtert hat. Auch aus Arbeitnehmersicht gibt die Entwicklung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge Anlass zu großer Besorgnis. Die Erholung nach der Coronapandemie ist durch den zweiten Rückgang in Folge zum Erliegen gekommen. Es ist zu befürchten, dass sich das Niveau der Ausbildungsverträge dauerhaft auf einem niedrigen Krisenniveau verfestigt. Damit zeichnet sich ein aus früheren Krisen bekanntes Muster ab: Die duale Ausbildung wird strukturell geschwächt.

Das wirtschaftlich schwierige Umfeld und der anhaltende Strukturwandel in einigen Industriezweigen setzen der Ausbildung enorm zu. Bezogen auf einzelne Branchen und Industriezweige gibt es alarmierende Rückgänge bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. In den wichtigen Metallberufen wurden 2025 über 7.000 Verträge weniger abgeschlossen als 2019. Die angebotenen Plätze sind gegenüber 2024 um 8,6 Prozent gesunken. Auch in der Chemie- und Pharmaindustrie ist die Zahl der Ausbildungsplätze mit einem Minus von 13 Prozent stärker zurückgegangen als im Bundesdurchschnitt. Ein besonders starker Rückgang ist in den ostdeutschen Bundesländern zu verzeichnen. Mit einem Rückgang von 33 Prozent ist dort binnen eines Jahres ein Drittel der Ausbildungsplätze verlorengegangen. Auch in nahezu allen anderen Berufsfeldern zeigt sich ein Rückgang. Bei den IT-Berufen ist das Interesse junger Menschen hoch, aber die Betriebe stellen zu wenige Plätze bereit. Auf 600 offene Stellen kommen über 6.000 Bewerber/-innen. Die Ausbildungsstrukturen dieser Branchen geraten durch freibleibende Kapazitäten unter Druck. Das schwächt die Fachkräftesicherung genau dort, wo Produktion, Energiewende und Digitalisierung qualifizierte Facharbeiter/-innen brauchen. Gerade der Abbau dieser qualitativ hochwertigen Ausbildungskapazitäten ist fatal für die regionale Fachkräfteversorgung.

Dem zurückgehenden Angebot steht eine weiter gewachsene Nachfrage nach Ausbildungsplätzen gegenüber. Im Ergebnis liegt die Zahl der unversorgten jungen Menschen mit 39.900 auf einem seit 2007 nicht mehr erreichten Niveau. Ein auswahlfähiges Angebot für junge Menschen besteht allenfalls in wenigen Regionen Deutschlands. Besonders kritisch bewerten wir, dass in den Übergangsbereich 262.210 junge Menschen einmünden. Die Einmündungen in den Sektor „Übergangsbereich“ sind im vierten Jahr in Folge gestiegen. Er ist für viele junge Menschen, die in eine vollqualifizierende Berufsausbildung einmünden könnten, eine Warteschleife.

Wir sehen weiter die Betriebe in der Verantwortung, für eine ausreichende Zahl von betrieblichen Ausbildungsplätzen zu sorgen. Der Berufsbildungsbericht 2026 zeigt, dass die Zahl der Ausbildungsbetriebe 2024 weiter gesunken ist und die Ausbildungsbetriebsquote nur noch 18,7 Prozent beträgt. Insbesondere der eklatante Rückzug von kleinen und

mittleren Unternehmen aus der Ausbildung verdient angesichts des anhaltenden Fachkräftebedarfs besondere Beachtung. Eine kritische Bestandsaufnahme bestehender Programme und Unterstützungsmaßnahmen ist hier entscheidend.

Der Berufsbildungsbericht 2026 unterstreicht zudem, dass der Zugang zur Ausbildung weiterhin sozial ungleich verteilt ist. Junge Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit haben deutlich geringere Chancen auf eine Einmündung in Ausbildung als andere Bewerber/-innen. Hinzu kommen fortbestehende Barrieren für junge Menschen mit Behinderungen und junge Menschen mit niedrigerem Schulabschluss. Hier braucht es verbindlichere strukturelle Maßnahmen für mehr Chancengleichheit, diskriminierungsfreie Auswahlverfahren, barrierefreie und inklusive Ausbildung und eine besondere Begleitung beim Übergang von der Schule in den Beruf.

Aus unserer Sicht ist ein Aktionsprogramm nötig, das bestehende Ausbildungskapazitäten sichert, neue Ausbildungskapazitäten bei den Betrieben erschließt und unversorgten Jugendlichen einen Weg in vollqualifizierende Ausbildung eröffnet. Verbundausbildung und überbetriebliche Ausbildung müssen besser gefördert werden, um Kooperationen zwischen Betrieben zu ermöglichen und das regionale Ausbildungsangebot zu verbessern.

Ergänzend muss die Ausbildungsgarantie so weiterentwickelt werden, dass sie tatsächlich für alle jungen Menschen wirksam, niedrigschwellig und regional erreichbar ist. Der bestehende Rechtsanspruch auf außerbetriebliche Berufsausbildung, flankierende Unterstützungsinstrumente sowie Unterstützungsleistungen bei Mobilität und Wohnen sind wichtige Bausteine, reichen aber angesichts der aktuellen Marktlage nicht aus.

Darüber hinaus plädieren wir für die Einrichtung eines Zukunftsfonds Ausbildung, der Betriebe an der Finanzierung notwendiger Maßnahmen beteiligt. Die Mittel können sowohl zur Finanzierung der betrieblichen Ausbildung als auch für zusätzliche betriebliche und außerbetriebliche Ausbildungsplätze sowie für überbetriebliche Ausbildung und Ausbildungsverbünde eingesetzt werden. Auf diese Weise wird eine leistungsfähige Infrastruktur gestärkt, die die verlässliche Umsetzung einer Ausbildungsgarantie unterstützt. In diesem Sinne begrüßen wir die Schritte in den Bundesländern Bremen und Berlin.

Des Weiteren bleiben Frauen in der dualen Ausbildung stark unterrepräsentiert, vor allem im MINT-Bereich. Frauen, die sich für einen männerdominierten Ausbildungsberuf entscheiden, brechen die Ausbildung häufiger ab als männliche Auszubildende. Das gleiche gilt umgekehrt für Männer in frauendominierten Berufen. Die Befunde unterstreichen, wie wichtig die Stärkung einer klischeefreien Berufsorientierung und ein respektvolles und diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld sind, um jungen Menschen eine Berufswahl frei von Geschlechterstereotypen zu ermöglichen und die Gleichstellung von Frauen und Männern im Berufsleben zu erreichen.

Neben den Berufen nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) und Handwerksordnung (HwO) werden im Berufsbildungsbericht 2026 auch die Ausbildungen im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialbereich dargestellt, die mit rund 192.700 Anfängern und Anfängerinnen (2024) die zweite Säule der Berufsausbildung bilden, insbesondere mit deutlichem Zuwachs im Pflegebereich. Hier bestehen Unschärfen, etwa durch die verkürzende Bezeichnung als „schulische Ausbildungen“, obwohl diese durch die Verbindung von Lernorten und Praxisanteilen geprägt sind.

Dass der Berufsbildungsbericht 2026 bislang vor allem die im Zuständigkeitsbereich BBiG und HwO verankerten Berufe fokussiert, wird der Struktur des Berufsbildungssystems immer weniger gerecht. Gerade im Pflegebereich wird dies sichtbar: Trotz ausführlicher Darstellung der generalistischen Ausbildung bleiben zentrale Aspekte wie hohe Vertragslösungsquoten oder strukturelle Herausforderungen in der Umsetzung unterbelichtet.

Der Bedarf an ausgebildeten Erziehern und Erzieherinnen steigt. In vielen Regionen müssen weiterhin Kita-Plätze ausgebaut werden und für den Rechtsanspruch auf die Ganztagsbetreuung ab August 2026 sind zusätzliche Erzieher/-innen notwendig. Der Fachkräftebedarf in diesem Bereich muss im Blick behalten werden. Die Zahl der Ausbildungsanfänger/-innen in der Erzieher- und Erzieherinnenausbildung ist um 6,9 Prozent zurückgegangen, gleichzeitig ist die Zahl der Anfänger/-innen bei Assistenz und Kinderpflege gestiegen. Hier besteht bei gleichzeitigem Fachkräftemangel die Gefahr der Dequalifizierung im Berufsfeld. Die aktuellen Entwicklungen erfordern ein entschiedenes und koordiniertes Gegensteuern aller verantwortlichen Akteure. Ohne wirksame Maßnahmen droht eine weitere strukturelle Schwächung der beruflichen Bildung mit unmittelbaren Folgen für die Fachkräfteversorgung und die Lebenschancen junger Menschen. Wir rufen alle Akteure der beruflichen Bildung zu schnellem und koordiniertem Handeln auf, damit sich die gravierenden Problemlagen nicht weiter verschärfen. Eine starke Berufsbildung ist essenziell für die Lebenschancen junger Menschen und die Fachkräfteversorgung gleichermaßen.

Stellungnahme der Gruppe der Beauftragten der Länder zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2026

Die Berufsausbildung in Deutschland ist für viele junge Menschen der Einstieg in das Berufsleben. Sie ist damit nicht nur Basis für die berufliche Karriere, sondern leistet einen entscheidenden Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs der Wirtschaft. Gut ausgebildeten Fachkräften kommt auch im Zusammenhang mit der voranschreitenden Transformation der Arbeitswelt eine entscheidende Rolle zu. Vor diesem Hintergrund betonen die Beauftragten der Länder die **Bedeutung der dualen Ausbildung**. Es ist aus ihrer Sicht notwendig, sie weiterhin zu stärken, um möglichst vielen Jugendlichen den Einstieg in eine duale Ausbildung zu ermöglichen.

Der Berufsbildungsbericht 2026 macht aus Sicht der Beauftragten der Länder deutlich, dass das Berufsbildungssystem in Deutschland vor großen **Herausforderungen** steht. Es ist erkennbar, dass sich die konjunkturelle Lage, trotz regionaler Disparitäten, auch auf den Ausbildungsmarkt niederschlägt. Erkennbar wird dies zum Beispiel darin, dass im Gegensatz zu den Vorjahren ein deutlicher Rückgang der Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge zu beobachten ist. Diese Entwicklung betrachten die Beauftragten der Länder insbesondere im Hinblick auf die weiterhin herausfordernde wirtschaftliche Lage mit großer Besorgnis.

Positiv hervorzuheben ist, dass das Interesse an einer Berufsausbildung bei jungen Menschen, insbesondere mit Flucht- oder Migrationshintergrund, zugenommen hat. Die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit **gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber** ist zum zweiten Mal in Folge gestiegen. Die Bemühungen, junge Menschen zu motivieren und davon zu überzeugen, dass eine duale Berufsausbildung gute und attraktive Zukunfts- und Beschäftigungsperspektiven bietet, sollten aus Sicht der Beauftragten der Länder konsequent fortgesetzt werden.

Während die Nachfrage junger Menschen nach einer dualen Berufsausbildung angestiegen ist, nahm jedoch das Angebot an gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen im Berichtszeitraum ab. Zwar standen insgesamt weiterhin mehr gemeldete Ausbildungsstellen als suchende Jugendliche und damit rein rechnerisch jedem Ausbildungssuchenden ein Ausbildungsplatzangebot gegenüber. Jedoch ist die Differenz zwischen **Angebot und Nachfrage** deutlich gesunken. Gleichzeitig zeigen sich auch hier regionale Disparitäten. Dies stellt die Akteure der beruflichen Bildung vor weitere Herausforderungen, denen es gemeinsam zu begegnen gilt.

Mit Sorge nehmen die Beauftragten der Länder zur Kenntnis, dass die **Zahl der Ausbildungsbetriebe** insgesamt weiter gesunken ist. Von dem Rückgang sind insbesondere

Klein- und Kleinstbetriebe betroffen. Es gilt daher ein Augenmerk darauf zu richten, wie diese bei der Gewinnung von Auszubildenden und bei der Durchführung der Ausbildung im Rahmen ihrer eigenen Verantwortung durch passende Instrumente gezielt unterstützt werden können. Die Beauftragten der Länder sehen ein positives Zeichen darin, dass die Zahl der **ausbildungsberechtigten Betriebe** im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben ist. Dies zeigt die Bereitschaft der Unternehmen, sich weiterhin grundsätzlich in der Berufsbildung zu engagieren.

Vor dem Hintergrund der sinkenden Angebots- und Nachfragerelation kommt dem **Zusammenführen von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt** mehr denn je eine große Bedeutung zu. Je geringer das Angebot an Ausbildungsstellen, desto größer werden die Herausforderungen, junge Menschen, insbesondere mit Migrationsbeziehungsweise Fluchthintergrund sowie Jugendliche mit formal niedrigen Bildungsabschlüssen, in Ausbildung zu vermitteln. Dies zeigt sich auch in der gesunkenen Einmündungsquote ausbildungsinteressierter Menschen. Über ein Drittel dieser Zielgruppe begann trotz bekundetem Interesse keine betriebliche Ausbildung. Die **Passung von Angebot und Nachfrage** sollte dabei differenziert beleuchtet werden. Unterschiedlich akzentuierte Instrumente und Maßnahmen unter Berücksichtigung regionaler Disparitäten und individueller Bedarfe tragen dabei zu einem gelingenden Übergang in eine betriebliche Ausbildung bei. Ebenfalls wirken sich Beratung und Begleitung der jungen Menschen durch Strukturen der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit, etwa in Form von Jugendberufsagenturen, positiv auf den Übergang in eine duale Ausbildung aus.

Aufgrund der veränderten Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt sind die **Besetzungsprobleme** der Betriebe insgesamt zurückgegangen, die **Versorgungsprobleme** für junge Menschen nahmen dagegen zu. Allerdings bestehen weiterhin **deutliche regionale und berufsspezifische Unterschiede**.

Die Bundesländer setzen hier mit ihren Maßnahmen an. Gleichzeitig begrüßen die Beauftragten der Länder die Unterstützung der beruflichen Bildung durch Förderprogramme des Bundes sowie durch Initiativen, um die Aktivitäten des Bundes und der Länder miteinander zu verzahnen (zum Beispiel durch die Initiative Bildungsketten). Das System der Berufsausbildung ist entscheidend, sowohl für die Fachkräftesicherung als auch für die Zukunftschancen junger Menschen.

Der **Berufsbildungsbericht** ist ein wichtiges Instrument, den Sachstand und die aktuellen Entwicklungen darzustellen. Er dient dabei auch als Basis für das Engagement der Akteure sowie flankierende Hilfen des Bundes und der Länder und trägt so zur Weiterentwicklung der beruflichen Bildung bei. Die Beauftragten der Länder im Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung **danken** den zuständigen Ressorts sowie dem Bundesinstitut für Berufsbildung für die Erstellung des umfassenden Berichts.

Der **Dank** geht gleichzeitig an alle an der Umsetzung der dualen Ausbildung Beteiligten für ihr großes und teilweise ehrenamtliches Engagement.